

Ein Extremem in der Mitte

Politische Ideen, die man als extrem oder radikal bezeichnet, werden üblicherweise an den äussersten Rändern des politischen Spektrums verortet. Sie sind gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet oder mit anderen Worten: verfassungsfeindlich. Vor vier Wochen hat CVP-Parlamentarier Christoph Gehrig an dieser Stelle einen Text veröffentlicht, der mich zu einer pointierten These veranlasst: Auf verfassungsfeindliche Gesinnungen stösst man auch dort, wo man sie zuletzt vermuten würde, nämlich in der sogenannten «politischen Mitte».

Christoph Gehrig beklagt sich darüber, dass in Wil regelmässig Planungs- und Bauvorhaben auf dem Rechtsweg gebodigt werden. Er wirft den Rekurrenten pauschal missbräuchliches Verhalten vor und fordert kurzerhand eine Einschränkung des Rechtsschutzes. Mit diesen Äusserungen rüttelt Kollege Gehrig an den Fundamenten unserer Verfassung. Der demokratische Rechtsstaat zeichnet sich unter anderem dadurch aus, dass alle Individuen vor dem Gesetz gleich sind, dass auch Behörden an das Recht gebunden sind und dass sich Betroffene mithilfe der Justiz gegen fragwürdige Verwaltungsakte zur Wehr setzen können.

Rechtsmittelverfahren dienen der Verwirklichung des geltenden Rechts - nicht mehr und nicht weniger. Wenn eine Gemeinde rechtswidrige Baubewilligungen oder Planungen erlässt, müssen solche Entscheide durch übergeordnete Instanzen überprüft und korrigiert werden können. Christoph Gehrig ist offenbar der Meinung, dass sich die Stadt Wil im Interesse potenter Bauherrschaften über geltende Vorschriften hinwegsetzen soll und dass normalsterbliche Bürgerinnen und Bürger dies gefälligst zu akzeptieren haben. Die CVP als staatstragende Partei täte gut daran, sich von solchen kruden Ansichten in aller Deutlichkeit zu distanzieren.

Sebastian Koller,
Stadtparlamentarier Junge Grüne